Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Entscheidungen reifen ; Die DDR wehrt sich ; Westberlin in Nöten ; Freie Stadt, nicht Wühlzentrum ; Neues Wettrüsten ; Mourir pour Berlin? ; Nein, verhandeln!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140597

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entscheidungen reifen Die hinter uns liegenden zwei Sommermonate sind von weltpolitischen Ereignissen ersten Ranges erfüllt gewesen. Und das war nur ein Anfang; die nächsten Monate werden uns noch schwerere und gefährlichere Entwicklungen bringen. Es ist die *Berliner* und die dahinterstehende *deutsche Frage* überhaupt, über die — endlich! — die Auseinandersetzung in Fluß gekommen ist und zu einer wenn auch wohl nur vorläufigen Entscheidung drängt. Der Anstoß kam von der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mit der Sperrung des Verkehrs zwischen Ost- und Westberlin. Dann folgte die Warnung der Sowjetregierung an die Westmächte, den Luftweg nach Westberlin weiterhin zur Unterwühlung der DDR und des Ostblocks mißbrauchen zu lassen. Und schließlich kam der Beschluß Moskaus, die vor drei Jahren freiwillig eingestellten Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen — ein Beschluß, dem sofort auch die Ausführung folgte.

Die drei untereinander zusammenhängenden Vorstöße des Ostlagers riefen im Westen und darüber hinaus eine ungeheure Erregung hervor. Man muß schon auf die Ungarnkrise zurückgehen, um einen ähnlich hemmungslosen Ausbruch der antikommunistischen Leidenschaften zu finden, wie er sich jetzt ereignet hat. Keine Beschimpfung, keine Gehässigkeit, keine Anklage war massiv genug, um das Verhalten und die Absichten der DDR und der Sowjetunion zu brandmarken. «Wir rufen die Welt an», sagte beispielsweise der westdeutsche Wirtschaftsminister Erhard, «weil hier im Herzen Europas Unrecht geschieht, wie es sonst in der Welt kaum sichtbar geworden ist.» Vergessen ist Hitlers Tausendjähriges Reich, vergessen der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg und die Ermordung von sechs Millionen Juden; vergessen sind all die Kolonialgreuel der Franzosen, Engländer, Portugiesen in Algerien, Tunesien und Madagaskar, in Kenia, in Angola und wo sonst noch in der Welt. Der Versuch «Pankows» und Moskaus, das unselige Erbe des Krieges nach 16 Jahren wenigstens in bezug auf Berlin und Deutschland zu liquidieren und einen Friedensvertrag mit dem Besiegten abzuschließen, der dem Kalten Krieg ein Ende machen soll — dieser Versuch ist es, der das große, unsagbare, einzig dastehende Verbrechen an der Menschheit darstellt und mit allen Mitteln, nötigenfalls mit neuem Krieg, vereitelt werden muß . . .

Die Berliner Krise hat tatsächlich in der unerwartet *abnormalen Entwicklung der Deutschlandpolitik der Siegermächte* ihre eigentliche Wurzel. Statt, zusammen mit der Sowjetunion, Deutschland zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, wie es der Potsdamer Vertrag bestimmte, haben die Westalliierten das alte, militärische und kapitalistische Deutschland in ihrem Machtbereich zu neuem Leben erweckt,

einem Neunationalismus und Neunazismus gefährlichster Art freie Bahn geschaffen und sich mit diesem Westdeutschland verbündet, um — wie es Hitler versuchte und schon seit 1917 die Politik des Westens war — die aufsteigende sozialistische und kommunistische Welt zurückzuwerfen und womöglich zu zerschlagen. Dadurch wurde auch *Westberlin* in den Kalten Krieg hineingezogen, in dem es als wunderbar geschickt gelegener Stützpunkt des Westens bei der Unterwühlung und Bekämpfung der DDR und der Oststaaten ganz allgemein eine maßgebende Rolle spielte. Das Potsdamer Abkommen wurde damit, was Berlin und seinen Viermächtestatus betrifft, tatsächlich außer Kraft gesetzt. Aber auch das Abkommen von 1949, das nach der Berliner Blockade unter anderem den freien Verkehr zwischen Ost- und Westberlin gewährleistete, verlor seinen Sinn, ja es wurde sogar in sein Gegenteil verkehrt. Es diente nicht mehr dem Schutz Westberlins vor der Aufsaugung durch die DDR, sondern dem ungehinderten Zugang westlicher Agenten, Beobachter, Wirtschafts- und Währungssaboteure und ähnlicher Beauftragter der «freien Nationen», die den Angriff auf das ostdeutsche Regime zu führen hatten. Besonders ideal war der freie Verkehr zwischen Ost- und Westberlin für die planmäßig geförderte Abwanderung von Arbeitskräften aus der DDR in die Bundesrepublik, die nach dem Bekanntwerden des sowjetischen Friedensplans geradezu panikhafte Ausmaße annahm. Dazu kam das Grenzgängerunwesen, das heißt die Tatsache, daß mehr und mehr Ostberliner — zuletzt waren es über 50 000 — in Westberlin Arbeit annahmen und zum Teil in Westmark bezahlt wurden, mit denen sie im Osten großartig leben konnten, zumal sie alle übrigen Vorteile des sozialistischen Regimes wie freien Gesundheitsdienst, billige Ferien, niedrige Mieten, ausgezeichnete Kinderfürsorge, kostenlose Schulung fröhlich mitgenossen.

Kurz, die Berufung auf die «verbrieften Rechte» der Bewohner Ostberlins und der DDR auf freien Zugang zu Westberlin und zur Bundesrepublik wie der Bundesrepublikaner und Westberliner auf freien Zugang zu Ostberlin ist nicht einmal formaljuristisch haltbar; sie ist nur die Verkleidung des Willens, den so unbezahlbar wertvollen Stützpunkt Westberlin für den Kalten Krieg gegen die DDR aufrechtzuerhalten, ohne Rücksicht darauf, daß die Abmachungen von 1945 und 1949 eine ganz andere Lage voraussetzten, als sie sich dann tatsächlich herausgebildet hat.

Die DDR wehrt sich Ebenso unhaltbar ist die im ganzen Westen so gehässig breitgetretene Behauptung, die Sperrung des Fluchtweges aus der DDR sei der endgültige und klare Bankerott des kommunistischen Systems in Ostdeutschland. In Wirklichkeit hat die Abwanderung aus Ostdeutschland mit dem Kommunismus viel weniger zu tun, als man uns glauben machen will. Wie John Mander, der Verfasser eines sehr gerühmten Buches über Berlin

und die DDR, im «New Statesman» (18. 8.) betont, gab es sie schon immer, mindestens seit der Industrialisierung der Ruhr. «Seit einem Jahrhundert hat die Bevölkerung Ostdeutschlands (außer Berlin) ab- und diejenige Westdeutschlands zugenommen. Man hat berechnet, daß die Abwanderung von Ost nach West auch ohne kommunistisches Regime annähernd die gleiche gewesen wäre wie die durchschnittliche Fluchtbewegung.» Die Lebensverhältnisse im Westen waren eben *immer* besser als im weniger entwickelten, mehr landwirtschaftlichen Ostelbien.

Das neue Regime in der DDR hat diese Sachlage zwar ganz offenkundig verbessert, aber der kapitalistische Westen mit seinem «Wirtschaftswunder» weist trotzdem noch eine augenscheinliche materielle Überlegenheit über den sozialistischen Osten auf. Freilich nicht in dem Maß, wie es die westliche Propaganda darstellt. Die westdeutsche Presse, so bemerkt Mander (und er hätte auch das Radio und die ganze mündliche Werbetätigkeit erwähnen können), habe einen irreführenden Eindruck erweckt, wenn sie die Dinge so geschildert habe, als sei die ostdeutsche Bevölkerung schlecht gekleidet, unterernährt und eingeschüchtert. «Ich sah gewiß Menschen, die nach Kartoffeln anstanden, als ich dort war . . ., aber der Butterverbrauch je Kopf war nach der Statistik im Osten tatsächlich höher als in Westdeutschland. Und sicher sahen die Flüchtlingsscharen in Marienfelde nicht verhungert aus. Die meisten Flüchtlinge machten einen guten Eindruck. Alle waren gut ernährt.» Meine eigenen Beobachtungen während eines jüngsten Ferienaufenthaltes in der DDR bestätigen dieses Urteil vollauf. Und sicher hat der englische Journalist auch recht, wenn er die erstaunliche Wirtschaftsleistung der rohstoffarmen ostdeutschen Republik ins Licht setzt. «Unter der COMENCON (der Wirtschaftsgemeinschaft des Ostblocks. H. K.) ist Ostdeutschland als das chemische Laboratorium des Sowjetblocks ausersehen. Innerhalb dieses Blocks steht die Wirtschaft der DDR heute nur derjenigen der Sowjetunion nach. Unter den Volkswirtschaften Europas nimmt sie den sechsten Platz ein.»

Wenn trotzdem so viele Menschen aus der DDR abgewandert sind, so erklärt sich das, wie auch Mander findet, in erster Linie aus einer rein individualistischen, im eigentlichen Sinn bürgerlich-kapitalistischen Denkweise und Lebensauffassung, der aller Sozialismus fremd, wenn nicht verhaßt ist, deren Anhänger also nicht warten wollen, bis die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft auch materiell auf der Höhe ist und bessere Einkommens-, Verbrauchs- und Aufstiegsmöglichkeiten bietet als die kapitalistische Ordnung, und die für die tiefdunklen Schattenseiten dieser alten Ordnung, auch für die aus ihr erwachsende Kriegsgefahr, kein Auge haben, sondern sich einfach durch den äußeren Glanz des «goldenen Westens» blenden lassen. Dies um so mehr, als die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Osten durch die menschenhungrige Industrie der Bundesrepublik und die Aufhetzung der

DDR-Bevölkerung gegen das «Ulbricht-Regime» Tag für Tag, jahraus und jahrein mit einer Planmäßigkeit und einer Fülle von Mitteln betrieben wird, von denen sich der Außenstehende meist überhaupt keinen Begriff macht.

Die Regierung der DDR suchte dieser Verhaltensweise und dieser Lockung aus dem Westen bisher vergeblich mit Gegenpropaganda, Verboten, Zensur und anderen Zwangsmaßnahmen zu begegnen. Kann man es ihr aber im Ernst wirklich verargen, wenn sie schließlich zu der wirksamsten Gegenwehr gegen den organisierten Angriff auf ihr Dasein griff: der *Sperrung des Fluchtwegs nach dem Westen* über die Westberliner Lücke? Was hätten wohl *wir* getan, wenn die Schweiz von außen her jahrelang heruntergerissen und ihr Hunderttausende von Arbeitskräften abspenstig gemacht worden wären, die sie für ihren eigenen wirtschaftlichen Aufbau dringend nötig hätte und mit deren Hilfe sie die frühere Auswanderung ihrer Landeskinder in fortgeschrittenere Gebiete hätte aufhalten können? Ich vermute, wir hätten schon viel früher wirksam zugegriffen. Auf alle Fälle steht es für mich fest, daß der Hauptgrund für die furchtbare moralische Entrüstung des Westens über den Bau einer «chinesischen Mauer» an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin in der Enttäuschung liegt, daß die DDR eben *nicht* ausgehöhlt worden ist, daß sie dem auf allen Fronten gegen sie geführten Angriff *nicht* erlegen ist und im Gegenteil ihr Lebensrecht und ihren Lebenswillen mit Mitteln behauptet hat, die kapitalistische Staaten ganz selbstverständlich auch anwenden würden, wenn sie in ähnlicher Art bedroht wären.

Westberlin in Nöten Die Sperrung der Sektorengrenzen wurde in Westberlin sofort als ganz schwerer Schlag empfunden. Man tat natürlich so, als sei nun die politische Freiheit Westberlins unmittelbar bedroht, als bestehe dringende Gefahr, daß die Stadt in den «kommunistischen Sog» hineingerissen werde, und bedauerte tief die «armen Ostberliner», die der verbrecherischen Tyrannei des Pankow-Regimes nun schutzlos ausgeliefert seien. In Wirklichkeit ging es aber mindestens den Regierenden von Westberlin und den anderen Dirigenten des Protestationsorchesters weder um Freiheit noch um Recht und Menschlichkeit, sondern um den *Fortbestand Westberlins als «Frontstadt»*, als vorgeschobener Stützpunkt des Westens im Kalten Krieg gegen den Osten. Man richtete darum seine Blicke hilfesuchend ganz instinktiv nach dem Westen, vorab nach den Vereinigten Staaten. Bürgermeister Brandt schrieb seinem «Freund» Kennedy einen fast hysterisch anmutenden Eilbrief mit dem Verlangen nach unverzüglichen und wirksamen Gegenmaßnahmen gegen den «kommunistischen Gewaltstreich», der auch die übrige «freie Welt» bedrohe. Aber in Washington wie in London und Paris, ja sogar in Bonn behielt man ruhige Nerven und entschied, daß zu Gegenmaßnahmen schon darum kein Anlaß sei, weil die militärische Stellung der

Westmächte in Westberlin nicht gefährdet sei, aber auch darum, weil Gegenmaßnahmen wahrscheinlich auch die Sperrung der lebenswichtigen Verbindungen Westberlins mit der Bundesrepublik, die ja über DDR-Gebiet führen, zur Folge gehabt hätten und unabsehbare Verwicklungen mit der Sowjetunion fast sicher zu erwarten gewesen wären. So begnügten sich die Westmächte mit der Beteuerung ihrer moralischen Unterstützung für Westberlin und mit der erneuten Zusicherung eines sofortigen Eingreifens, falls die Sowjetunion und die DDR die Freiheit der Westberliner Bevölkerung irgendwie antasten sollten. Ein Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson in Westberlin und die Verstärkung der dortigen USA-Besatzung unterstrichen dieses Versprechen.

Es ist nur zu begreiflich, daß mit solcherlei Beschwichtigungsgebärden nichts erreicht wurde. Schmerzliche Enttäuschung und tiefe Niedergeschlagenheit breiteten sich in Westberlin aus. Wutausbrüche, wie sie sich zum Beispiel in der vandalischen Verwüstung von über hundert Wagen der Berliner Stadtbahn Luft machten, die von Ostberlin betrieben wird, aber auch Westberlin bedient, waren natürlich auch wirkungslos. So mußte man sich eben in das Unvermeidliche schicken, so gut es ging, wobei am meisten diejenigen Menschen hüben und drüben zu bedauern sind, die am Kalten Krieg überhaupt nicht beteiligt waren und deren persönliche Verhältnisse durch die Sperrmaßnahmen dennoch auf mannigfache Art geschädigt und gestört wurden.

Die bisher so hochgemuten Westberliner merkten wohl erst jetzt, wie entscheidend wichtig für sie das unbehinderte Hin und Her zwischen beiden Stadtteilen geworden war. «Die Rolle Berlins als Strahlungszentrum in den Osten (!) und Begegnungsstätte der Deutschen wurde in grausamer Weise reduziert ... Das Selbstbewußtsein der Stadt hat einen schweren Schlag erlitten, und es hieße sich einer Illusion hingeben, wenn man im Westen annehmen würde, Westberlin werde seine bisherige Rolle mit der gleichen Kraft weiterspielen können», stellte der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 3059) ernüchtert fest. Daß die Rolle Westberlins (im Kalten Krieg!) tatsächlich ausgespielt und das ganze künstliche Dasein der «Frontstadt» schwer bedroht ist, weiß man aber auch in den Vereinigten Staaten. Bezeichnend dafür ist ein Bericht in «US News & World Report» vom 4. September, der die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Westberlins, wie sie durch die neue Sachlage heraufbeschworen worden sind, ganz ungeschminkt darlegt. «Berlin» (gemeint ist Westberlin), so heißt es darin, «lebt von der Einfuhr sozusagen aller Nahrungsmittel, Brenn- und Rohstoffe und von der Ausfuhr dreier Viertel der Waren, die es herstellt. Neun Zehntel dieses Güterverkehrs wickeln sich mit Westdeutschland ab ... Alles geht auf Grund von ostdeutschen Zollpapieren vor sich, die von ostdeutschen Kommunisten eingesehen werden ... Alles hängt vom Vertrauen in die Zukunft der

Stadt ab — und von den Hilfsgeldern aus Westdeutschland . . . Bonns unmittelbare Hilfsgelder liefern dem Westberliner Haushalt mehr Einnahmen als die Steuergelder . . . Westberlin erhält an Unterstützungen im ganzen mehr als 400 Millionen Dollar (gegen eindreiviertel Milliarden Schweizer Franken) im Jahr. Die große Frage, die die Stadtbeamten umtreibt, ist nun, ob dieser abnormale Zustand unbegrenzt lange andauern kann.» Bedenklich sei, so warnt der Verfasser des Berichts, auch der Umstand, daß die Bevölkerung dieser «künstlichen Hauptstadt» seit 15 Jahren so gut wie nicht zugenommen habe. In den letzten zwei Jahren hat sie sogar um 24 000 Köpfe abgenommen. Meistens sind es jüngere Menschen, die abwandern; mit jedem Jahr überaltert die Stadt mehr. Auch in der Schweizer Presse kann man übrigens lesen, daß die Neigung zur Abwanderung nach der Bundesrepublik und zur Verlagerung von Kapital nach dem Westen in Westberlin zunehme. Das beeinträchtigt den Gang der Westberliner Wirtschaft um so mehr, als auch die über 50 000 Ostberliner, die nicht mehr in den Westsektor zur Arbeit gehen können, von der dortigen Industrie kaum mehr zu ersetzen sind. Der Korrespondent von «US News & World Report» schätzt ihre Zahl sogar auf gegen 80 000.

Freie Stadt, nicht Wühlzentrum Wie soll das alles aber erst werden, wenn auch die *Luftverbindung* zwischen Westberlin und der Bundesrepublik in der bisherigen Form aufhörte? Die Sowjetregierung hat ja in ihrer Note vom 23. August die Westmächte dringend aufgefordert, den Mißbrauch dieser Verbindung zur Beförderung von westdeutschen Trägern des Kalten Krieges gegen den Osten und überhaupt zur Unterhaltung der Dutzende von Spionage-, Sabotage-, Wühl- und Propagandaorganisationen in Westberlin abzustellen, und sie für alle Folgen verantwortlich gemacht, die sich aus der Fortsetzung dieses Mißbrauchs ergeben würden. Der Westen hat auch darauf wieder in höchsten Tönen von Entrüstung und Protest geantwortet. Ob es richtig ist, daß es sich, wie die Westmächte geltend machen, hier nicht um einen Mißbrauch handle, daß vielmehr ein bisher anerkanntes Recht zur gänzlich freien Beförderung nicht nur von alliierten Militärpersonen, sondern auch von Zivilisten aller Art auf dem Luftweg bestehe, bleibe hier unerörtert. Viel wichtiger ist doch, daß der Flugverkehr eines der wirksamsten Mittel zur Führung des Kalten Krieges von Westberlin aus gegen die ostdeutsche Republik und die anderen Oststaaten geworden ist. Die Westmächte reden darum an der Hauptsache vorbei, wenn sie diese Tatsache leugnen oder einfach übergehen.

Es hieße wirklich Wasser in den Rhein tragen, wenn man noch im einzelnen aufzählen würde, wie von Westberlin aus bisher gegen den Osten gearbeitet wurde und immer noch wird. Ein einziges Beispiel, das mir dieser Tage unter die Augen gekommen ist, sei hier immerhin ganz nebenbei angeführt. Eine Leserin in Westdeutschland schickte

mir einen von der Post zugelassenen unadressierten Briefumschlag, der vorn den Aufdruck «Niemals Oder-Neiße-Grenze!» und hinten eine Landkarte zeigt mit den verlorenen deutschen Ostgebieten, eingeschlossen das Sudetenland, die als die «Heimat von über 13 Millionen Deutschen» zurückverlangt werden. Dazu eine entsprechende hetzerische Verschlußmarke, die in Massen vertrieben wird. «Druck: Bundesdruckerei Berlin» steht auf den Markenbogen, die also von der Westberliner Filiale eines Staatsbetriebs der Bonner Republik hergestellt werden!

Die Westmächte und selbstverständlich erst recht die Bonner Regierung gehen über die Tatsache der vom Boden der «Frontstadt» aus betriebenen Wühlarbeit gegen Ostdeutschland ebenso schnell und oberflächlich hinweg wie über die von der Sowjetregierung immer wieder abgegebene Erklärung, daß es ihr nicht um die Beschränkung oder Aufhebung des Selbstbestimmungsrechtes der Westberliner Bevölkerung gehe, sondern einzig um die Ausräumung der Propaganda- und Minierzentralen und die Abstellung des Mißbrauches der Luftverbindungen über DDR-Gebiet zur Inganghaltung dieser Zentralen. «Westberlin», so hieß es auch in der Moskauer Note vom 3. September, «wird als freie Stadt nach dem Abschluß eines Friedensvertrages das Recht und die Möglichkeit haben, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu jedem beliebigen Land jedes Erdteiles zu unterhalten. Es darf aber kein Umsturzzentrum gegen die DDR sein, auf deren Gebiet es liegt.»

Die Beseitigung des jetzigen, abnormalen und ganz unhaltbaren Zustandes setzt natürlich die *amtliche Anerkennung des ostdeutschen Staates* durch die Westmächte voraus, deren Sache es ist, eine Neuregelung des Luftverkehrs zwischen Westberlin und der Bundesrepublik mit der DDR zu vereinbaren. Dagegen sträubt man sich allerdings bisher im ganzen Westen mit Händen und Füßen. «Die geringste Konzession in der Frage der Kontrolle des zivilen Luftverkehrs würde eine Entwicklung einleiten, die Westberlin sehr schnell in ein politisch lebensunfähiges Gebilde umwandeln würde», schrieb noch am 4. September der Berliner Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung», der sich offenbar die politische Lebensfähigkeit Westberlins als ganz und gar an seine bisherige Funktion im Kalten Kriege gebunden vorstellt. Aber davon kann nun gerade keine Rede sein. Das betont nachdrücklich auch der Reverend Paul Oestreicher, der kürzlich die Lage in Berlin an Ort und Stelle untersuchte und in den Londoner «Peace News» (11. August) unter anderem schrieb: «Mir ist eins klar: Der Westen ist verpflichtet, und mit Recht verpflichtet, zu verhindern, daß die Ostdeutschen Westberlin verschlucken. Ulbricht weiß das, ebenso Chruschtschew. Wozu aber die Westmächte nicht verpflichtet sind, das ist, Westberlin als vorgeschobenen Stützpunkt der Bonner Regierung zu erhalten. Das ist es ja, was für den Osten so unerträglich ist. Eine langfristige Lösung muß darauf ausgehen, Berlin frei und zugleich

für die kämpfende ostdeutsche Republik erträglich zu halten.» Nichts kann klarer sein als diese Aufgabe, die den kommenden Verhandlungen über Berlin und Deutschland gestellt ist.

Neues Wettrüsten In Moskau scheint man nun freilich an der Möglichkeit zu verzweifeln, die Westmächte soweit zu bringen, daß sie Westberlin als Operationsbasis für die Zertrümmerung der DDR und die Vorschiebung des Westblocks bis an Oder und Neiße aufgeben und sich mit der Sicherung der politischen Freiheit der Stadt begnügen. Anders kann man es sich kaum erklären, daß die Sowjetregierung eine Anzahl vorsorglicher militärischer Maßnahmen wie Einberufung von Reservisten, Truppenverschiebungen nach dem Westen, längere Arbeitszeit in den Rüstungsbetrieben getroffen und dann insbesondere am 30. August beschlossen hat, ihre *Versuche mit Kernwaffen*, die sie vor drei Jahren aus eigenem Antrieb eingestellt hatte, *wiederaufzunehmen*.

Mit allen radikalen Rüstungs- und Kriegsgegnern bedaure ich den Entschluß der Sowjetregierung tief. Er entstammt ja wieder jener ebenso alten wie grundfalschen Vorstellung, daß man sich den Frieden am besten sichern könne, wenn man sich auf den Krieg vorbereite — eine Vorstellung, die durch die Tatsachen längst widerlegt ist und vollends unsinnig wird, wenn man sich einbildet, durch die Drohung mit immer wirksameren Atomwaffen einen möglichen Gegner von einem kriegerischen Angriff abschrecken zu können. Darüber ist in den «Neuen Wegen» im Laufe der Jahre schon soviel gesagt worden, daß es keiner langen Darlegungen mehr bedarf, um auch den neuen sowjetischen Schritt als gänzlich ungeeignet zur «Abkühlung der Hitzköpfe in den Hauptstädten gewisser NATO-Mächte» zu erweisen. Dies um so mehr, als er von der Mitteilung begleitet ist, daß die sowjetischen Kernwaffentechniker Pläne bereit hätten, um Bomben mit einer Sprengladung von 20 bis 100 Millionen Tonnen Dynamit herzustellen.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Sowjetunion vom Standpunkt der hergebrachten und vom Westen geteilten militärischen Denkweise aus nicht ernste Gründe für ihren Entschluß geltend machen könne, Gründe, mit denen sich der Westen ebenso ernst auseinandersetzen sollte. Das tut er natürlich wieder ganz und gar nicht. Die große Erklärung der Agentur Taß, die in der nichtkommunistischen Presse nur in völlig unzulänglicher Form wiedergegeben worden ist, wird fast allgemein mit ein paar wegwerfenden Redensarten abgetan, dafür aber um so breiter das beliebte Thema der russischen «Erpressertaktik» ausgewalzt, die den Zweck habe, die Einheit der «freien Welt» zu sprengen, die neutralen Staaten ins Ostlager herüberzuziehen und so die Kapitulation des Westens vor den Herrschaftsansprüchen des Ostens vorzubereiten. Es ist schon eine Ausnahme, wenn sich das «Journal de Genève» (1. 9.) aus London berichten läßt, nach der

Ansicht «vieler autorisierter Personen» hätten die Russen einfach Angst vor den Vereinigten Staaten, namentlich auch vor deren atomaren Unterseebooten und vor dem amerikanischen Erdsatelliten, «der wahrscheinlich Photographien der russischen Gebietsteile in die USA zurückbringt».

Man muß aber über solche Feststellungen hinaus die Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche in dem größeren Zusammenhang betrachten, in den sie hineingehört. Man muß sich daran erinnern, daß die Sowjetregierung sich von Anfang an das Recht vorbehalten hat, neue Probeexplosionen von Atombomben zu veranstalten, wenn die Westmächte nicht auch von derartigen Versuchen Abstand nähmen (was Frankreich bekanntlich abgelehnt hat), wenn die sowjetischen Abrüstungsbemühungen scheitern sollten und sich überhaupt die internationale Lage für sie verschlechtern würde. Diesen Vorbehalt setzt sie nun in Wirksamkeit. Schweren Herzens, gewiß. Das unterstreicht auch der Moskauer Korrespondent der Genfer «Voix Ouvrière», der (5. 9.) berichtet, daß die neuen militärischen Maßnahmen der Sowjetregierung im Volk nicht mit Freude, sondern mit «einer gewissen Traurigkeit» aufgenommen worden seien. Aber, so fährt er fort, man begreife sie auch vollkommen. «Das Argument, das am entscheidendsten gewesen ist und im tiefsten Herzen der Sowjetbürger Anklang gefunden hat, ist die Feststellung, daß das Zentralkomitee von Partei und Regierung die Wiederholung einer ähnlichen Lage, wie es die vom Juni 1941 war, nicht dulden werde. Nein und nochmals nein! Das Deutschland Hitlers hat waffenmäßig die Überlegenheit über uns gehabt; das Deutschland Adenauers wird sie nicht haben.» 17 Millionen Tote seien für die Sowjetunion die Folge der Überlegenheit von Hitlers Kriegsmaschine gewesen. Deutschland sei zwar besiegt worden — aber der neue westdeutsche Staat bereite schon längst seine Revanche vor, untergrabe die ostdeutsche Republik und erstrebe die Umstoßung der Grenzen und Machtverhältnisse, wie sie 1945 geschaffen worden seien, und werde darin von den Westmächten unterstützt. Das werde die Sowjetunion zu verhindern wissen. «Sie will einfach, daß die Karte Europas bleibt, wie sie heute ist; sie will, daß die Niederlage Hitlers nicht ausgelöscht wird.»

In Westdeutschland will man das genaue Gegenteil: die europäische Landkarte, mindestens was den Osten betrifft, recht gründlich ändern, so daß sie etwa dem Bild von 1939, oder doch von 1937, gliche. Und die Westmächte haben noch weitergehende Wünsche für die Umgestaltung der politischen Geographie des europäischen und nicht weniger des asiatischen Ostens. Sie versichern zwar immer, diese neue Grenzziehung müsse «selbstverständlich» ohne Krieg geschehen; aber wie sie die Staaten, auf deren Kosten die Änderungen erfolgen sollen, dazu bringen wollen, in die ihnen zugemuteten Opfer auf dem Verhandlungsweg zu willigen, das bleibt ihr Geheimnis. Höchst wahrscheinlich spielt in ihren Vorstellungen die A- und H-Bombe eine ent-

scheidende Rolle, und sei es auch nur als Druck- und Drohmittel. Was sie also jetzt der Sowjetunion vorwerfen — Erpressungspolitik im großen Stil —, das wäre dann *ihre* Methode, ist es ja auch immer gewesen, seit die Vereinigten Staaten im Alleinbesitz der Atombombe waren. Churchill empfahl ihre Anwendung am 23. Januar 1948 ganz offen im britischen Unterhaus, und ein paar Monate später spielte er in einer Rede in Boston (nach dem Bericht der Brüder Alsop in der «New York Herald Tribune» vom 9. 4. 1949) gar mit einem Präventivkrieg als Mittel, eine Abrechnung mit der Sowjetunion zu erzwingen, bevor der Kreml eine volksdemokratische Atombombe besitze. Daraus wurde freilich nichts, weil die Russen bald darauf selbst die Atom- und später auch die Wasserstoffbombe hatten. Und seither sind alle ähnlichen Träume durch die immer überraschender fortschreitende Raketentechnik der Sowjetunion zunichte gemacht worden. Es ist einfach zu spät geworden, um die Kapitulation der Russen (und Chinesen) vor den Vorkämpfern eines «amerikanischen Friedens» zu erzwingen.

Mourir pour Berlin! In Washington weiß man das recht gut; ob auch in Bonn, das ist die Frage. Auf keinen Fall gedenkt man in Moskau, den Stiel umzukehren und seinerseits den Versuch zu machen, mit der Drohung der 100-Megatonnen-Bombe die deutsche Frage zu «lösen», wie das jetzt im Westen behauptet wird. Dies schon darum nicht, weil diese Überbombe noch gar nicht gebaut ist und die neuen Kernwaffenexplosionen in der Sowjetunion keinerlei «Verbesserung» der bisherigen Atom- und Wasserstoffbomben so rechtzeitig erlauben würden, daß mit deren Einsatz zum Zweck der Durchsetzung der Forderungen Moskaus mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg gedroht werden könnte. Das wäre ja einfach phantastischer Wahnwitz, den kaum jemand den Führern der Sowjetunion ernsthaft zutrauen wird. Gerade darum hätte aber Moskau auch den *Schein* meiden sollen, als denke es an so etwas. Es hätte den Westmächten nicht den billigen Vorwand liefern dürfen, eine neue weltweite Propaganda gegen die angebliche Absicht der Sowjets zu entfesseln, eine militärische Gewaltprobe um Berlin herum ins Werk zu setzen. Die Krise ist dadurch nur verschärft und die Gefahr erhöht worden, daß die Völker Europas und Amerikas gegen die eigentliche Absicht ihrer Regierungen aufgerufen werden, «für Berlin zu sterben» — von den schweren gesundheitlichen Schäden zu schweigen, die die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Russen und nun teilweise auch die Amerikaner (mit unterirdischen und Laboratoriumsversuchen) zu bewirken drohen. Ein förmliches, unverzüglich zu treffendes Abkommen über den endgültigen Verzicht auf alle Kernwaffenversuche, wie es Kennedy und Macmillan vorschlugen, wäre das einzig Vernünftige gewesen.

Nein, verhandeln! Entscheidend bleibt freilich, daß *die ganze Lage* umgestaltet wird, unter deren Druck sich die Sowjetregierung genötigt glaubte, Maßnahmen für den Ernstfall zu treffen. Im Vordergrund steht dabei die *Einstellung des Kampfes gegen die Deutsche Demokratische Republik*. Die DDR muß endlich als nicht mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache anerkannt werden, der ganze Wühl- und Hetzbetrieb von Westberlin (und Bonn!) aus muß ausgeräumt werden — dann ist der Weg frei für Verhandlungen über die Freiheit Westberlins und seinen ungehinderten Verkehr mit Ostberlin wie mit der Bundesrepublik. Dann können die diktatorischen Abwehr- und Zwangsmaßnahmen in der DDR entscheidend gelockert werden. Dann kann aber auch über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als Voraussetzung für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten verhandelt werden. Ein neutralisiertes Deutschland ohne Atomwaffen aber ist seinerseits die Voraussetzung für Abrüstung und Frieden in ganz Europa. Solange Westdeutschland aufrüstet und Ostdeutschlands neues Regime stürzen will, solange es gar seinen Blick auf die Zurückholung der an die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei verlorenen Ostgebiete richtet, gibt es keine Ruhe; die Sowjetunion bleibt dann einfach gezwungen, sich hinter die DDR zu stellen und sie mit aller Kraft zu verteidigen. Das in Westdeutschland so verhaßte kommunistische Regime der «Ostzone» *muß* dann bleiben.

Eine solche Neugestaltung der Lage im «Mittleren Osten» Europas erfordert gewiß vom Westen schmerzliche Verzichte auf langgehegte Träume, besonders von der Bundesrepublik. Aber gibt es eine andere Wahl, wenn man es nicht auf den Krieg ankommen lassen will? Der Bankerott der «Politik der Stärke», der sich die Regierung Adenauer und ihre allergetreueste «Opposition» verschrieben hat, liegt ja ohnehin offen am Tag. Werden die Westmächte weiterhin dieser Politik Vorschub leisten und sich in blindem Antikommunismus von Bonn in ein katastrophales Abenteuer hineinreißen lassen, statt die ganze Adenauersche Konkursmasse abzustoßen und den *friedlichen* Wettbewerb mit der kommunistischen Welt aufzunehmen? Die Tatsache, daß Westberlin an Bedeutung im Kalten Krieg gewaltig verloren hat und nur immer mehr Schaden leiden wird, je länger es als Rammbock gegen den Osten mißbraucht werden will, vielleicht sogar seine lebenswichtigen Landverbindungen mit dem Westen (die die DDR ohne weiteres sperren kann) bedroht sehen wird — diese Tatsache sollte es den Westmächten wahrlich erleichtern, die Hand zu einer vertragsmäßigen Neuregelung zu bieten, die der Westberliner Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht gewährleistet und doch den Pfahl im Fleisch der DDR entfernt. Wird sich die Erkenntnis der neuen Lage in und um Berlin bei den Westmächten und in der Bundesrepublik noch rechtzeitig durchsetzen, bevor es zum Versuch einer Gewaltlösung kommt?

Die Bonner Regierung hat zwar nach der Isolierung Westberlins erfreuliche Zeichen von Besonnenheit gegeben, vermutlich unter britischem und amerikanischem Einfluß. Aber täusche man sich nicht: an eine Abkehr von der bisherigen Ostpolitik denkt an maßgebender Stelle in Westdeutschland kein Mensch. Die jüngste Drohung von Außenminister Brentano, die Bundesrepublik werde die diplomatischen Beziehungen mit jedem Staat abbrechen, der die DDR anzuerkennen wage, sagt schon alles. Noch immer gilt als Dogma die feierliche Erklärung, die im Namen aller Parteien Bundestagspräsident und Oberkirchenrat Gerstenmaier abgegeben hat: daß über einen Friedensvertrag nur die Regierung eines «in Freiheit wiedervereinigten» Deutschland verhandeln werde; ein Friedensvertrag, an dem die DDR beteiligt wäre, könne nur als «Teilungsdekret» aufgefaßt werden. Was man aber in Westdeutschland unter einem «in Freiheit geeinten» Deutschland versteht, weiß man längst: Annexion Ostdeutschlands vermittelst einer gesamtdeutschen Volksabstimmung und volle Freiheit, das «neue» Deutschland als Ganzes dem Westblock anzugliedern. Nicht einmal die sozialdemokratische «Opposition» anerkennt, daß *diese* Art Selbstbestimmung des immerhin besiegten Deutschland von der Sowjetunion und ihren Verbündeten, die beim Abschluß eines Friedensvertrags vor allem *ihre* Lebensinteressen wahren müssen, nie angenommen werden wird. Und doch hätte eine wirkliche Opposition gerade jetzt, bei den Wahlen zum Bundestag, die beste Gelegenheit, eine *neue* deutsche Ostpolitik zu entwickeln und dem Volk vorzulegen. So bleibt diese Aufgabe allein der Deutschen Friedensunion überlassen, der Sammelbewegung aller Gegner der Politik Adenauers und Straußens, die aber noch so jung und arm ist, daß es gut gehen muß, wenn sie am 17. September die fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen aufbringen soll, die nötig sind, damit ihr überhaupt eine Vertretung im Bundestag zugesprochen werden kann.

So bleibt nur die Hoffnung auf die Einsicht der Westmächte. Wie steht es aber damit? Von *Frankreich* ist nichts zu erwarten. De Gaulle steckt bis an den Hals in Schwierigkeiten mit Algerien und Tunesien, und damit England und Amerika ihn nicht doch noch zugunsten der Nordafrikaner fallen lassen, lehnt er Verhandlungen mit der Sowjetunion über Deutschland ab, verschärft die Spannung und rechnet darauf, daß im Ernstfall die Angelsachsen auf Frankreichs Unterstützung angewiesen bleiben.

In *Großbritannien* möchte man am liebsten mit den Russen vernünftig reden. Aber ohne Frankreich und mit einem «harten» Amerika glaubt Macmillan eben doch nicht vorwärtskommen zu können. Ein Irrtum zwar, allein Macmillan war nie ein sehr tapferer Mann.

Also kommt alles auf die *Vereinigten Staaten* an? Schon möglich. Nur ist eben die sogenannte öffentliche Meinung Amerikas durch jahrelange Irreführung über die wirkliche Weltlage derart verhetzt, daß das Volk zu jedem Wahnsinn Ja zu sagen bereit ist, den die Re-

gierung im Namen der Freiheit und Größe Amerikas und der Rettung der Menschheit vor dem Untergang im Kommunismus verüben mag. Kuba ist das jüngste Beispiel! Die Stimmung in den USA ist zwar gewiß nicht einheitlich einer Kraftprobe um Berlin günstig, aber diejenigen Beobachter werden wohl recht haben, die voraussagen, daß Volk und Parlament, Presse und Radio ohne Besinnen mit Kennedy gehen werden, was er auch beschließe. Mögen darum alle guten Geister mithelfen, daß der Präsident, in dessen Hand eine so ungeheuerliche Machtfülle vereinigt ist, die rechte Entscheidung treffe, wenn es um Krieg oder Frieden geht!

*

Nun sollte ich eigentlich auch noch über die anderen bemerkenswerten Weltereignisse ein Wort sagen, die in der Berichtszeit zu verzeichnen waren. Es müßte etwas über das französische Verbrechen in *Bizerta* (1500 Tote!) gesagt werden, das Tunesien dem Westen entfremdet hat, und über die Radikalisierung der *algerischen* Freiheitsbewegung (Ersetzung des immer noch auf den Westen hoffenden Ferhat Abbas durch den eher nach Osten blickenden Ben Khedda als Präsident der Exilregierung). Es sollte die Wendung im *Kongo* beleuchtet werden, wo die UNO endlich mit Tschombe und dem katangischen Unfug Schluß macht und eine neue Zentralregierung begünstigt, deren Vizepräsident Gizenga, der Nachfolger des ermordeten Lumumba, ist und deren Armeekommandant (anstelle des unmöglichen Mobutu) wohl Lundula werden wird, die rechte Hand Gizengas in der Ostprovinz. An der Krise in *Brasilien* müßte gezeigt werden, wie die nordamerikanischen Kapitalisten im Bund mit den einheimischen Konservativen fast ganz Lateinamerika beherrschen und auch den angeblichen Kryptokommunisten Quadros zur Strecke gebracht haben, allerdings ohne verhindern zu können, daß mit dem nachrückenden bisherigen Vizepräsidenten Goulart *auch* ein bedenklich links anhaltender Politiker ans Ruder gekommen ist. Und so müßten noch andere keineswegs unwichtige Vorgänge des internationalen Lebens in ihre Zusammenhänge eingefügt werden.

Aber die Leser werden es mir nachsehen, wenn ich es vorgezogen habe, mit einer gewissen Ausführlichkeit und den mir zustehenden Raum bereits überschreitend einzig die entscheidungsvollen Entwicklungen um Berlin und Deutschland klarzustellen, soweit das in meinen Kräften lag. Denn nichts ist jetzt wichtiger, als daß der alles vergiftende Lügennebel durchstoßen wird, der die Tatsachen über die neue West-Ost-Krise so unendlich vielen Menschen verhüllt. Wir gehen wohl schweren Wochen entgegen. Aber mag nun kommen, was da will: wir wollen wenigstens gemahnt und gewarnt haben, solange es noch Zeit ist, das große Unheil zu vermeiden, das uns droht. Mehr können wir an unserem so bescheidenen Platz nicht tun.

10. September *Hugo Kramer*